

# Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung



Nr. 455 • Ausgabe B Nr. 226  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 455

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Vor der Umbildung der Regierungen.

### Der Besuch Dr. Stresemanns beim Reichskanzler.

Am Freitag große politische Debatte im Reichstag.

Es D. Heute nachmittag tritt der Reichstag nach der Sommerpause zusammen, um seine Arbeiten wieder aufzunehmen. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen allerdings nur kleine Anfragen, die ohne besondere politische Bedeutung sind. Morgen wird die sozialdemokratische Interpellation über die Explosion in Oppau verhandelt werden. Der Donnerstag wird sühnigster bleiben, um den fraktionellen Gelegenheiten zu geben, die gelamte politische Lage zu beraten. Am Freitag wird eine große Debatte über die Verhandlungen des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik stattfinden. Der Reichskanzler wird die deutschfranzösische Interpellation, die vorausichtlich von dem Abgeordneten Herzog begründet werden wird, sofort beantworten und damit eine große politische Debatte einleiten. Diese Aussprache wird voraussichtlich am Sonnabend fertiggestellt werden. Während wird der Reichstag wieder auseinandergehen, um zunächst einmal der Regierung die nötige Zeit zu den Verhandlungen mit Handel, Industrie und Landwirtschaft über die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu lassen. Erst wenn das gelamte Steuerprogramm festliegt, dürfte der Reichstag seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. Man rechnet damit, daß in Zusammenhang damit auch die Frage der Wirtschaftenarbeit beraten werden wird, die zuerst dem Reichstag vorliegt. Die Zukunft scheint Wert darauf zu legen, daß wenn die größeren Konzeptionen in der Reparations- und Steuerfrage machen solle, nun auch die andere Seite, die Wirtschaft, sich mit einer Abschnung des harten Arbeitsdenkprinzips einverstanden erklärt.

Verhandlungen über die Umbildung des Reichskabinetts sind von Partei zu Partei noch nicht eingeleitet. Wie wir aus völksparteilichen Kreisen hören, sträuben sich noch gewisse Kreise der Deutschen Volkspartei gegen einen Eintritt in ein Kabinett Dr. Brüning, die deutsche Aussprache des Reichskanzlers Dr. Brüning mit Dr. Stresemann in durchaus freundschaftlicher Form verlaufen. Es wurden die ganzen schwebenden politischen Fragen durchgesprochen, ohne daß allerdings die Voraussetzungen oder Bedingungen für eine Koalition der bisherigen Regierungen mit der Deutschen Volkspartei erörtert wurden. Es hat sich also in

der Konferenz, wenn man so sagen darf, um eine Vorbesprechung gehandelt.

Das eine scheint festzustehen, daß man erst dann an die Kabinettumbildung in der Reichsregierung will, wenn in Westfalen die Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie endlich zustande gekommen ist. Die Verhandlungen hierüber werden morgen im Reichstag auf genommen werden. Nicht zuletzt von ihrem Ausgang wird es abhängen, ob dann die Deutsche Volkspartei nun auch im Reich in die Regierung eintreten wird. In diesem Falle nimmt man an, daß der Deutschen Volkspartei ein Ministerium ohne portefeuille, das heißt, der Reichsministerien angeboten werden dürften. Als fommender Reichsfinanzminister wird übrigens neuerdings der Staatssekretär Dr. Zapf, ein Bayer, genannt, der der Deutschen Volkspartei nahesteht oder sogar ein geschriebenes Mitglied derselben ist. Zapf steht indessen nicht gegen die Steuerfragen ziemlich fremd gegenüber, weil er meist eine der Sozialdemokraten ist, zuerst in München und dann in Köln tätig war, bis er schließlich in das Reichspräsidentenamt berufen wurde. Demnach dürfte, wenn Dr. Brüning im Amte verbleibt, wohl die heutigen Koalitionsparteien dringend wünschen, die ganze Umbildung des Kabinetts lediglich in einer Ergänzung und dem Austritt Dr. Grafmanns bestehen, der bekanntlich für den Verlust des südlichen Gebieten in Berlin in Aussicht genommen ist. Als Nachfolger Dr. Grafmanns bedarf die Sozialdemokratie den früheren preussischen Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Otto Braun in Vorschlag zu bringen.

Wie wir weiter hören, wird die heutige Sitzung des Reichstags wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein. Nach der Verlesung der Eingänge durch den Reichspräsidenten Lohde und die Geschäftsordnungsdebatte dürfte sich der Reichstag auf morgen verlagern.

Die demokratischen Fraktionen des Reichstags und es preussischen Landtags treten heute nachmittag 4½ Uhr im Reichstagsgebäude zu gemeinsamen Besprechungen über die politische Lage zusammen.

Das Reichstagsgebäude ist heute in den Reichsfarben geflaggt. Es wird noch besondere Anordnung des Reichspräsidenten Lohde in Zukunft an allen Tagen, an denen Plenarsitzungen stattfinden, gehalten werden, eine Geplagenheit, die auch von den Parlamenten anderer Staaten geübt wird.

Inturgenten genügt und ob nicht später der Versuch erfolgt, auch die übrigen Teile Westungarns, nämlich die westungarischen, und geographisch verbunden sind, nach sich zu ziehen. Westungarns Ziel scheint die Autonomie zu sein. Es hat den Anschein, als werde die westungarische Frage nach langer Zeit ein Gegenstand internationaler Sorgen sein. Die Bevölkerung Westungarns ist noch ruhig, aber in drohender Bereitschaft, um über sich selbst zu bestimmen.

## Der deutsche Gewand in Helsingfors.

Ministerialdirektor Dr. Goepfert.

Wie wir hören, ist zum Gewand in Helsingfors der bisherige Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte Dr. Goepfert ernannt worden. Das Veranlassung der finnischen Regierung ist bereits einleuchtend. Goepfert hatte während an den Pariser Verhandlungen mit der Entente teilgenommen.

## Ein Dollar = 127 Mark.

An der heutigen Börse, die für den Effektenverkehr geschlossen war, an der aber Devisennotierungen sowie auch ein freier Devisenverkehr stattfanden, setzte sich die Inflationsbewegung für ausländische Zahlungsmittel in geradezu panikartiger Weise fort. Der Dollar, der gestern mit etwa 117 Mark notiert worden war, stieg heute im freien Verkehr auf 127 Mark, der holländische Gulden zog bis auf 40 Mark an. (Vergl. auch Handelszeitung)

## Eine internationale Valutakonferenz in London.

Gegen den Markkurs.

London, 27. September. (W. T. Z.) Das starke Fallen der Mark auf der gestrigen Börse findet in der Presse besondere Beachtung. „Daily Mail“ meldet, daß eine internationale Konferenz für Geldfragen, die vom „Verband für gesunde Währungs“ organisiert ist, Anfang Dezember in London stattfinden wird, um ein Programm der Maßnahmen zu entwerfen, die notwendig sind, um die Währung der verschiedenen Länder und den Goldstandard wiederherzustellen. An der Konferenz werden u. a. Carl Beauchamp, Sir Felix Spulter, Sir Hugh Bell, Sir George Paish und Sir D. M. Stevenson teilnehmen.

Der britische Finanzminister Sir Robert Horne hat den Vorschlag gemacht, einen Kredit von 100 Millionen Pfund für die Wiederbelebung des Handels auszuwerfen, um damit nicht nur den britischen, sondern auch den internationalen Handel zu fördern. Er hofft gleichzeitig, daß es dadurch möglich werde, der Arbeitslosigkeit ein Ende zu machen. Lord George, der nachdrücklich am Sonnabend nach London zurückkehrte, wird kaum über die Führer der Industrie, des Handels und der Arbeit zu einer Beratung über die Anwendung dieses Kredits einladen.

## Litauens Wirtschaft.

### Günstige Lage. — Der deutsche Handel, Ordnung im Lande.

Von Professor Borgsträsser.

Litauens wirtschaftliche Lage ist gut. Kurz nach der Begründung des selbständigen Litauen setzte auf dem Weltmarkt eine gewaltige Rohstoffkonjunkturein, die der junge Staat teilweise wenigstens ausnutzen konnte. Die Ausfuhr von Getreide und von Holz brachte recht viel Geld ins Land, im letzten Jahre ist die Handelsbilanz a trotz beträchtlicher Einfuhren aktiv gewesen. Nun ist zwar die Konjunktur inzwischen stark rückläufig, aber trotzdem wird auch in diesem Jahre mindestens die Zahlungsbilanz des Landes aktiv bleiben, denn die Wiener in Amerika, die sich dort ihre Nationalität voll bewahrt haben, können oder bringen als Auswärtiger Beträge, die man mit 500 Millionen Mark wohl nicht zu hoch veranschlagt. Und im Lande selbst hat man beizeiten daran gedacht, für die Ausfuhr der Rohstoffe einen Ersatz zu finden, an ihre Stelle wird in der neuen Handelsbilanz zum Teil die Ausfuhr von Lebensmitteln treten, die durch systematische Förderung der Regierung eine zum Teil erhebliche Entwicklung genommen hat. An erster Stelle stehen Getreide, letztes Jahr wurden rund 25 Millionen Exportiert, in diesem rechnet man auf mindestens 60 Millionen. Sie geben zum größten Teil nach England, das seiner Valuta wegen höhere Preise bewilligen kann als der deutsche Nachbar. Dadurch ist es der Regierung möglich, außer dem wirtschaftlichen Geschäft noch ein finanzpolitisches zu machen, indem sie von jedem Eisen Ausgangsprodukt von 25 Pfennigen erhebt. Die Ausfuhr von Getreide war sehr beträchtlich und soll vermehrt werden, was sehr wichtig wird organisiert und wird um so leichter möglich sein, als der Viehbestand schon auf die Höhe der Vorkriegszeit zurückgeführt ist. Der litauische Bauer war immer ein guter Viehhändler und Bauernwirtschaft erhält sich schneller als große Betriebe, da sie nicht so viel neuen Inventars bedarf.

Eine minder erfreuliche Bemerkung der Ausfuhr von Lebensmitteln ist die, daß die Preise im Lande selbst sich auf einer ziemlich hohen Ebene halten, was allerdings mehr für Romno gilt als für die kleineren Städte oder gar das flache Land. In Romno ist eigentlich nur das Fleisch mit 4 bis 6 Mark für das russische Pfund von 400 Gramm erheblich niedriger als in Deutschland. Eier kosten 1,00 Mark, Brot 2 Mark das Pfund, Obst steht in dem obstriden Land durchweg auf Berliner Preisen, Gemüse darunter, Milch kostet meist 4 Mark, allerdings ist sie weitaus besser als in Berlin.

Der Staat tut recht daran, wenn er die Ausfuhr fördert, denn es wäre unmöglich oder mindestens unfinnig, die Einfuhr zu unterbinden, soweit nicht reine Luxusartikel in Betracht kommen. Der Einfuhrbedarf ist jetzt sehr groß und erstreckt sich, von den nicht beträchtlichen notwendigen ausländischen Lebensmitteln abgesehen, die meist aus Holland kommen, auf so ziemlich alle Gegenstände. An erster Stelle mit diesen Maßnahmen aller Art, von den einfachsten bis zu den kompliziertesten, nicht nur landwirtschaftliche, sondern auch solche für Fabrikation — wie man besser sagt, statt „Industrie“, um nicht falsche Vorstellungen aufkommen zu lassen. Eine große Industrie gibt es in Litauen bekanntlich nicht; dagegen ist die Zahl der mittleren und besonders der kleineren Betriebe im Zunehmen. Begründet werden sie in erster Linie von amerikanischen und holländischen Kapitalgebern, jedoch auch hier nicht ein bedeutendes Kapital herbeiführen. Sie kommen unaußerlich ins Land, man sieht sie jedesmal, wenn man die Grenze passiert, und erkennt sie nicht nur daran, daß sie mit Rind und Ägel reisen und zumeist herdenweise auftreten, sondern ebenso an dem guten Tuch ihrer Kleider und an den beneidenswert schönen Lederstoffen. Nur ein Teil von ihnen kauft sich landwirtschaftlich an, wozu auch einfache Arbeiter in der Lage sind, da ein paar tausend Dollars infolge der Valuta schon ausreichen, eine kleinere Bauernwirtschaft zu erwerben. Sehr oft reicht es zu mehr und so kommt es, daß das litauische Agrarvolk die Grenze für Ankauf ziemlich tief angeht, wohl zu Umgehungen bereit, daß die heiratsfähige Tochter auf ihrem Namen ein weiteres Anwesen erwirbt; es ist anzunehmen, daß die doppelte Spekulation zumeist glückt. Häufig kommen Vertreter beträchtlicher Kapitalien, die dann meist aus der Industrie stammen, jedoch auch hier nicht aus leitenden Stellen Arbeiter, Vorarbeiter, auch Werkmeister, die nun hoffen, sich selbständig machen zu können. Sie sind erstliche Rekruten für kleinere Maschinen. Mit durch ihre Initiative ist z. B. die Lederindustrie in Schaulen so ziemlich wieder aufgebaut worden.

Von der Einfuhr kommt sehr viel aus Deutschland, und zwar nicht nur Maschinen, sondern auch Fabrikate verschiedenster Art, von der Stiefelindustrie angefangen über Schreibstoffe, Bleistifte und Zinte zu Konfektionswaren, Porzellan und allen anderen Verbrauchsartikeln. Die Regierung macht keine besonderen Schwierigkeiten. Die Kaufmannschaft begrüßt es sehr, daß in Wälden in Romno ein Zollhof eingerichtet werden soll, so daß die Kaufleute die Ware unter eigener Kontrolle werden übernehmen können. Es liegt nicht nur wirtschaftlich über die Geschäfte, die mit der Regierung selbst abgeschlossen werden. Man hält bei der Vergütung noch vielfach veralteten Methoden. Beizimen ja nur das russische Vorbild und die russische Praxis kennt. Die Folge ist, daß reelle Firmen Bedingungen unterworfen werden, unter denen sie zu arbeiten nicht gewohnt sind. So wird häufig die Zahlung einer Lieferungsquantität

## Ungarns Haltung in der westungarischen Frage.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

T. B. Budapest, 26. September.

Vom hiesigen Auswärtigen Amt werden mir in der westungarischen Frage folgende offizielle Ausführungen gemacht: „Zwischen Österreich und Ungarn haben lange Zeit über Westungarns in Beziehungen zwecks freierder Schiedung festgehalten, ohne daß sich freilich zu einem Ergebnis führten. Es folgte jedoch das bekannte Ententeultimatum, und seitdem hat sich auch Italien für die Frage interessiert und hat gewisse Vorschläge zur Regelung der Angelegenheit der eingehenden Prüfung in Budapest und Wien unterbreitet. Es handelte sich bei diesen Vorschlägen darum, daß Österreich zugunsten Ungarns auf ein kleines Gebiet verzichten sollte, um so die guten Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn für die Zukunft auszubehalten. Mittlerweile hatte sich auch der tschechische Außenminister Beneš interessiert, indem er sich bereit erklärte, auf Österreich im Sinne der oben erwähnten Vorschläge Italiens einzuwirken. Dieses Interesse des tschechischen Ministers hat jetzt zur Bewegung in Wien geführt, und es liegt nun beim österreichischen Parlament, ob der Konflikt über den Welt geschlichtet wird. Der Kaiser hat sich in der westungarischen Frage gegenüber Österreich deutlich erkennen. Auf der ungarischen Seite stehen in dieser Frage Italien, das in Wien und Budapest tatkräftig für die Überlieferung von Debensburg und Umgebung an Ungarn arbeitet, ferner ein Staat der kleinen Entente. Außerdem ist die große Entente neutral und wünscht eine friedliche Lösung. Südamerika ist eher auf der Seite Benešs. Rußland an dem völlig uninteressiert. So scheint sich Österreich wieder oder weniger in einer Zwangslage zu befinden, da es mangels einer ausreichenden Truppen und ohne militärischen und diplomatische Stütze kaum die Möglichkeit hätte, sich Westungarns gegen den Widerstand der ungarischen Inturgenten und regulären Truppen zu bemächtigen. Dabei ist zu bedenken, daß Österreichs Prestige durch den erfolglosen ersten Versuch, durch ungeschicktes Verhalten im besetzten Westungarns, dem Vorantzen vieler Fahnen, den Zugang von Kommunisten, die Abhängung der Gemeinderäte und Verhaftung der Geschädigten schon fast gelitten hat. Die westungarische Bevölkerung hat das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung. Wer sie ihm gibt, ist willkommen. Freilich bleibt freilich, ob der Schritt des Debenerger Gebietes mit etwa 45 000 Bewohnern von im ganzen 350 000 den ungarischen









